

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drechsler: Nachrichten Dresden
Gesamtausgabe: 20.000 Ex.
Buchdruckerei: 10.000 Ex.
Post: 10.000 Ex.
Gesamtvertrieb: 10.000 Ex.
Gesamtvertrieb: 10.000 Ex.

Rechte für möglichst zweimalige Veröffentlichung monatlich 1.000 DM (Wochenausgabe 200 Ex.).
Rechte für möglichst zweimalige Veröffentlichung monatlich 100 Ex. (Wochenausgabe ohne Veröffentlichung 200 Ex.).
Rechte für möglichst zweimalige Veröffentlichung monatlich 100 Ex. (Wochenausgabe ohne Veröffentlichung 200 Ex.).
Rechte für möglichst zweimalige Veröffentlichung monatlich 100 Ex. (Wochenausgabe ohne Veröffentlichung 200 Ex.).
Rechte für möglichst zweimalige Veröffentlichung monatlich 100 Ex. (Wochenausgabe ohne Veröffentlichung 200 Ex.).

Direkt vom Verlag: Dresdner & Reichert,
Dresden, Postfach 1000 Dresden
Rücksendung mit bestem Zustellungsschein
(Dresden, Stadt) gültig. Unterlagen
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Brüning gegen jede Inflationspolitik

Luther für Festhalten an der Goldwährung

Berlin, 28. Sept. Die zu der 50jährigen Jubiläumsfeier des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes eröffneten beglückte der Präsident des Verbandes, Geheimer Regierungsrat Dr. Kleiner.

Das Wort ergriß sodann

Reichsanziger Dr. Brüning,

der unter anderem ausführte:

Die Weltkrise hat Formen angenommen, von denen die breite Öffentlichkeit überrascht und auf das höchste beunruhigt worden ist. Wenn eine Standardwährung der Welt ins Wanken gerät, sind die Folgen nicht abzusehen. Sie greifen unmittelbar oder mittelbar in raschem oder langsamem Tempo in das Betriebe jeder einzelnen Volkswirtschaft mit tiefen Wirkungen ein. Die Regierungen stehen vor schwerwiegenden Entscheidungen, die möglicherweise die Wirtschaftsentwicklung auf Jahre hinaus festlegen können. Da gilt es, eine klare Linie zu verfolgen und vorzeitige Schläge zu vermeiden.

Die Währung muß in Deutschland unverkehrt erhalten bleiben. Kein Volt, das wie das deutsche das fürchtbare Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen möchte, wird es ernst ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Wert der Sparverbünden und Rücklagen ein Stoß versetzt würde.

Die Regierung muß darum im Berein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Gewiß mögen manche Kreise von einer Verwässerung der Währung neue Impulse für das Wirtschaftsleben erwarten. Sie mögen in ihrer Ausführung durch Beobachtungen bestärkt werden, die sich an die Kurssentenz des englischen Pfundes anschließen, wobei von vornherein freilich zu bedenken ist, daß solche Vorgänge bald als vorübergehend erkannt werden. In Deutschland aber liegen die Verhältnisse überhaupt anders als im Britischen Reich.

Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Anträge und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solider Basis Wirkungen erzielt, wie sie durch eine Verfälschung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären. Die Rückführung wird erleichtert, der Inlandsabzug wird sich heben. Der Sparkassenz wird neue Anregungen finden.

Einer positiven Förderung der Kapitalbildung durch die Steuernpolitik sind leider unter den gegenwärtigen Verhältnissen enge Grenzen gezogen. Die eingesetzten Regierungsmaßnahmen lassen aber erkennen, daß eine jede dem Interesse der Sparten widerprechende Veranordnung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Sparkassen ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte austreten, daß Sparzubehör beschlagen würden, so sind sie völlig unbegründet.

Nachdem der Kanzler dann auf die Bankenkrise, die Notwendigkeit und Vorteile der Bankenaufsicht hingewiesen hatte, fuhr er fort: Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß gerade auf dem empfindlichen Gebiete der Kreditwirtschaft überall Maßnahmen Verwirrung und Schaden anrichten können. Die Grundlagen der Sparkassen haben sich im allgemeinen als gern erwiesen. Die Prüfung weiterer Schritte wird sich vor allem darauf erstrecken, ob die Sparkassen gegenüber ihren Kontrollen verhindern könnten, zu machen, daß sie höchstens verbessert werden kann.

Der rein privatwirtschaftliche Standpunkt wird nicht mehr allein bestimmend sein dürfen für die Führung, in die der Kapitalstrom fließen muß.

Diese Richtung darf nicht allein abhängen von der Rente, sondern auch von den Erfordernissen großer volkswirtschaftlicher Ergiebigkeit. So kommt aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen der Kreditförderung der Mittel- und Kleinwirtschaft große Bedeutung zu. Nach wie vor werden die Sparkassen den Kleinbetrieb fürzüglicher und langfristiger Art besonders pflegen müssen. Der Staat hat die gewaltige Aufgabe, die unbeholfen angewandte kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Auslande, aber auch im Innern selbst, so bei den Kommunen und der Landwirtschaft, auf ein normales Verhältnis zurückzuführen. Dringend und notwendig ist höchstlich auch die

Abschaffung der gestiegenen Bindslösen

bei allen Geldinstituten. Wenn die Blüten in den letzten Monaten weitgehend anwachsen würden, so wird die Rückkehr auf das Niveau der Jahresmitte als eine erste Etappe anzustreben sein.

Darauf mußte

Reichsbankpräsident Dr. Luther

eine grundläufige Bemerkung über die deutsche Währungspolitik angesichts der Entwicklung des Pfundes.

Er wandte sich scharf gegen die Inflationsideen und gegen die Gedankengänge, die im Hinblick auf die Einstellung der Goldeinlösung durch die Bank von England und die daraus für die englische Wirtschaft sich ergebenden vorübergehenden Vorteile ausgeschritten werden. Für Deutschland gäbe es ein besonderes Hindernis, die Goldparität zu lassen, nämlich die Valutazulden, da es schon aus dem Ausland vorwiegend in Gold, Dollar oder in anderen goldbeständigen Währungen und nur zu einem geringen Teil in Pfunden verteilt sei.

Infolgedessen würde uns in unserer Lage eine Entwertung der Reichsmark keine Erleichterungen im Schuldenstand bringen,

zumal unsere Auslandsverschuldung in der Gesamtverschuldung die entscheidende Rolle spielt. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der deutschen Währung innerhalb des Goldproblems der Welt könnte die Stellungnahme Deutschlands nicht davon abhängen gemacht werden, ob nicht andere Länder aus den besonderen Voraussetzungen ihrer Lage heraus ähnliche Schritte wie England tun. Auf keinen Fall sollte man übersehen, daß die englische Lage die Besonderheit besitzt, daß möglicherweise infolge Auslaufen der von England gewährten Kredite eine stärkere Pfundnachfrage eintrete.

Die für die Schaffung neuer Währungen gemachten Vorschläge (Moggenmark, Neuenmark, Steuernmark, Arbeitsmark usw.) bezeichnete Dr. Luther als reine Inflationsideen. Alle diese Projekte gingen darauf aus, neue Zahlungsmittel zu schaffen, ohne sich an den alten Währungsgrundstock zu halten.

dah der Zahlungsmittelumlauf nicht über die Grenze hinausgehen dürfe, die sich aus dem Warenumlauf ergebe.

Die Bindung an das Gold gewährleiste objektiv die Einhaltung dieser Grenze, deren Überschreitung Inflation bedeutete. Das Festhalten an der Goldwährung bewore Deutschland vor unüberholbaren Schwierigkeiten und werde schließlich auch Deutschlands Kredit stärken. Dr. Luther schloß darmit, daß die wichtigste Stütze, die die Reichsbank den Sparkassen und ihren Zielen geben könne, das unverbrechliche Festhalten an der stabilen Goldwährung sei.

Weltwirtschaftsverflechtung - nationale Selbsthilfe

Von Karl Heinrich Sieber-Wiederoda, M. d. R.

Wenn die Handelsbilanz für August mit einem Ausfuhrüberschluß von 322 Mill. RM. abschließt, so ist dieses im Vergleich zu der Julibilanz besseres Ergebnis nur erreicht worden durch einen erheblichen Rückgang der Einfuhr. Dagegen ist die Ausfuhr, deren Steigerung von unserer Regierung mit allen Mitteln angestrebt wird, um 16 Mill. die der Herbstwaren, die für besondere Beliebigkeit gehalten wurde, sogar um 18 Mill. zurückgegangen. Wenn sich gerade die deutsche Herbstwarenindustrie einen so erheblichen, durch die Jahreszeit in keiner Weise bedingten Exportrückgang gefallen lassen müsste, noch dazu in einer Zeit, wo die Regierung dieser von ihr als Altherkunft angesuchten Ausfuhrsteigerung ihre besondere Unterstützung angebietet läßt, liegt die Folgerung auf der Hand, daß die Hoffnung auf Exportsteigerung eine Illusion ist. Die immer stärker werdende Autarkiedebewegung aller Länder muß vielmehr zu einer zwangsläufigen weiteren Schrumpfung der Ausfuhrmöglichkeiten in Deutschland führen. Wenn es hierzu noch eines Beweises bedarf, so sei auf die Tugend des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes in Genf und die letzten Vorgänge in England hingewiesen. Die Schweiz verlangte erst in diesen Tagen in Genf eine neue Schutzzollpolitik. Die von dem Schweizer Vertreter gemachten Ausführungen richten sich unzweideutig gegen Deutschland. Führende Männer Englands forderten noch kurz vor der Währungskatastrophe einen vollkommenen und wirksamen Boykott ausländischer Waren, und McDonnell erklärte in seiner Antwort, er hoffe, daß kein Schilling mehr als notwendig an Waren aus dem Auslande eingeführt werde. Und nun die Auferkraftszerrung der Goldwährung in England selbst! Welche Auswirkungen sie für Deutschland zeitigen wird, ist nicht abzusehen. Eins scheint sicher: Über kurz oder lang wird England vom Freihandel Abstand nehmen müssen. Das sind fürmehr keine extremen Aussichten für eine erfolgreiche Exportpolitik Deutschlands. Die Weltwirtschaft ist am Ende. Nationaler Aufbau der Wirtschaft von der Scholle aus ist das Gebot der Stunde für jeden Staat, der sich aus dieser krispellosen Weltkrise hinübertragen will in eine bessere, gesicherte Zukunft. In der englischen Zeitung "Observer" schreibt Garvis am 20. September, dem englischen Sonntag: "Der Niedergang der englischen Landwirtschaft sei der Beginn und der Ausdruck der englischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Wiederbelebung und Unterstützung der Landwirtschaft ist die notwendige Voraussetzung für die Gelindung der Nation und ihrer weiteren Entwicklung und sei der sicherste Weg, um auf die Dauer eine günstigere Handelsbilanz zu erzielen." In diesen Worten wird die gleiche Ansicht vertreten, die von den Führern der nationalen Opposition in Deutschland seit langem immer erneut zum Ausdruck gebracht wurde: Stärkung des Binnenmarktes als sicherste Wirtschaftsgrundlage. Man vergibt so schnell, daß in der Zeit deutscher Wirtschaftskrise der Anteil des deutschen Exports an den deutschen Gesamtproduktion etwa 8 Prozent betrug und 22 Prozent vom Binnenmarkt aufgenommen wurden. Die amtlichen Stellen in Deutschland aber haben der seit Annahme des Youngplanes besonders stark propagierten Parole der Ausfuhrsteigerung leider alle übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen untergeordnet. So kann der Regierung der schwere Vorwurf nicht erwartet bleiben, den Binnenmarkt völlig verschlafen zu haben.

Erstes Opfer dieser falschen Wirtschaftspolitik ist die deutsche Landwirtschaft geworden. In der Devisen-

zuwachsbelebung hat sich noch einmal eine

überallhin auftretende Gelegenheit, in letzter Minute dem deutschen Bauer den Rettungstrupp anzuwerben. Man hätte Devisen nicht zur Verfügung stellen sollen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln, die Deutschland selbst erzeugt oder deren Ertrag durch deutsche Waren möglich ist. Vieler wurde von dieser Möglichkeit schneller Hille nur in völlig ungünstigster Weise Gebrauch gemacht. In den Ladenmachläden der Stadt prangen noch wie vor Süßigkeiten, ausländisches Obst und Gemüse aber liegt unverkäuflich auf dem Markt und verkauft. Wie denn Ich die Regierung eigentlich die wirtschaftliche Entwicklung der 100.000 Gewerbebetriebe fördern, wenn man sich nicht endlich zu einem völligen Kurswechsel auf handelspolitisches Gebiete entschließt — zum Schuh der einheimischen Veredelungswirtschaft und zum Schuh der Erzeugnisse des deutschen Gartens- und Obstbaus? Aber sogar auf dem Gebiete der Butter einzuholen, wo die bisherigen handelsvertraglichen Bindungen weitgehend gelöst sind, hat sich die Reichsregierung vor Mahnmaßnahmen gescheut, die gelegnet gewesen wären, um endlich das der Landwirtschaft gegebene Versprechen einzulösen, die Veredelungswirtschaft zu schützen. Welche Gründe sprachen dagegen? Regierungsbürovertreter sagten: um handelspolitisch nicht anzutreten. Unverständlich bleibt dem Landwirt auch die auf dem Gebiete

Snowden über Englands Währungspolitik

Noch keine Konferenzvorbereitung

London, 28. Sept. Im Unterhaus antwortete Snowden auf die Frage, ob die Regierung die Zweckmäßigkeit einer Rückkehr zum Goldstandard erwogen habe, er wäre wohl verständig, eine Erklärung darüber jetzt schon abzugeben, da die künftige Entwicklung Englands später unter der Einwirkung der dann im Innern und im Auslande herrschenden Umstände bestimmt werden müsse. Der Schauspieler fügte hinzu: "Ich halte es jedoch für richtig, zu wiederholen, daß die Regierung sich entschlossen ist, jede Inflationspolitik abzuwehren. Den zeitweiligen Schwankungen sollte keine zu große Beachtung geschenkt werden." Der zweite Teil der Frage, der dahin ging, ob zwischen der englischen und anderen Regierungen Verhandlungen zur Überprüfung einer internationalen Konferenz für die Fixierung eines internationalen Währungsstandards geführt wurden, wurde von Snowden verneint.

Auch dänische Abschaffung vom Goldstandard

Kopenhagen, 28. Sept. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird die Regierung moroen auf Eruchen der Nationalbank eine Gesetzesvorlage einbringen, durch die die Goldbestandspflicht der Bank aufgehoben und ein Balausausdruck zur Kontrolle des Devisenhandels eingeführt wird. Durch ein Wahlgutes Dekret wird das

Deckungsverhältnis der Bank von 50 auf 22½ % herabgesetzt. Im Laufe des Tages und Abends ist eine Reihe von Verhandlungen zwischen der Regierung und der Nationalbank und der Regierung und den Parteivorsitzern geführt worden. Um 22 Uhr trat die Regierung erneut mit den Parteivorsitzern in Verhandlungen ein, die sich mit den geplanten Balausnahmen einverstanden erklären.

Diskontunterhöhung in Holland

Amsterdam, 28. Sept. Die Niederländische Bank hat den Diskont mit Wirkung von morgen von 2 auf 1 Prozent erhöht. Der Satz von 2 Prozent war seit 16. Mai 1931 in Geltung.

Die Niederländische Bank hat auch den Lombardkredit herabgesetzt, und zwar von 2½ auf 4 %. Werner wurde der Warenbeleihungskredit und der Zinsatz für Vorschüsse in laufender Rechnung von 2½ auf 4 % erhöht.

Die Vereinigung der niederländischen Exporteure hat heute den Beschluß getroffen, ihren englischen Abnehmern mitzuteilen, daß sie sich mit einer Bezahlung ihrer Lieferungen nach England zum gegenwärtigen Pfundsturz nicht anstreben können. Sie stände vielmehr auf dem Standpunkt, daß die laufenden Kontakte noch zum Goldsturz abgeschlossen seien, so daß auch die Bezahlung auf demselben Stande erfolgen müsse, wie er vor der Suspensionsierung der Goldwährung in England gewesen sei.